

„Der Anfang vom Ende der Regierung Merkel ist markiert!“

Der Fall der schwarz-gelben Regierung Mappus in Baden-Württemberg markiert jetzt - nach einer Serie von Wahlniederlagen, dem Dahinsiechen der FDP und nach dem historischen Absturz der CDU und ihrer Regierungskoalition mit der FDP in NRW - auch für die politischen Kommentatoren eine Zäsur für die Regierungskoalition der bürgerlichen Parteien CDU/CSU und der FDP unter Merkel:

„Das ist der Anfang vom Ende der Regierung Merkel!“

Wie lange noch kann die Regierung Merkel überleben? Die Antwort darauf ergibt sich aus der Beantwortung der Frage, wie lange noch die SPD in der Lage ist, den selbstzerstörerischen Preis für die Unterstützung von Merkel zu zahlen.

Das ist die Krise der parlamentarischen Demokratie, der politischen Demokratie in der Bundesrepublik.

Die Parteien gehorchen unisono – jede auf ihre Weise – den Krisenanforderungen des Kapitals:

Immer neue Milliarden-Verschuldung der öffentlichen Haushalte für die Rettung und Förderung der Banken und Spekulation und der Konzernprofite. Die Rechnung dafür wird der arbeitenden Bevölkerung und Jugend präsentiert in Form des „alternativlosen“ Schuldenabbaus und der Haushaltskonsolidierung, im Namen der Wettbewerbsfähigkeit durch Lohndumping und die Deregulierung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte.

Die Bevölkerungsmehrheit hat in Ablehnung dieser Politik die schwarz-gelbe Regierungskoalition Rüttgers in NRW davongejagt, während die SPD noch einmal Arbeiterstimmen verlor wegen ihrer kritisch unterstützenden Begleitung dieser Politik. Die dank des historischen Absturzes der CDU ermöglichte SPD-Minderheitsregierung unter Kraft definierte sich einerseits durch ihre erste Handlung, die 13 Milliarden Haushaltsrückstellung für die Bankenspekulation, und andererseits durch den gleichzeitigen Schwur auf die prinzipielle Notwendigkeit des Abbaus der horrenden Schulden von 180 Mrd. Euro durch eine strenge Konsolidierungspolitik des Haushalts.

Die CDU/FDP-Regierung in Baden-Württemberg wurde wegen dieser gleichen Politik – von der kurz vor den Wahlen die Bundesregierung Merkel besondere Kostproben gab – zu Fall gebracht. Auch hier mussten Milliarden öffentlicher Gelder für die Spekulation der Landesbank erhalten, für den 5,6 Mrd. Wieder-

einkauf in den Energiekonzern EnBW, um damit in die Börsenspekulation einzusteigen und für das Bahnprojekt Stuttgart 21, d.h. für die Förderung der Gewinne der Bahn auf Kosten der Investition in Verkehrsleistung und – sicherheit.

Als Kehrseite der Medaille verordnete Mappus auch der Bevölkerung in diesem Land eine rigide Spar- und Abbaupolitik.

Kräftige Impulse des Widerstands gegen diese Politik produzierte die Regierung Merkel mit ihren Beschlüssen, die sie vergeblich und mit allen Mitteln versucht hatte auf die Zeit nach den Wahlen hinauszuzögern. So der völlig unglaubliche Beschluss der Abschaltung der 8 ältesten Atomkraftwerke, nachdem die Regierung erst Anfang des Jahres mit der Laufzeitverlängerung den vier großen Energiekonzernen 70 Mrd. Euro Zusatzprofite garantiert hatte. Und die kombinierte Entscheidung für weitere – von Deutschland aufzubringende – 170 Mrd. Euro Garantien und Barzahlung für die Euro/Bankenrettung einerseits und andererseits für den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und den Euro.

Mit diesem von Merkel vorangetriebenen Pakt diktiert die EU den Arbeitnehmern und Völkern ein striktes Schuldenabbauprogramm zur Demontage der Sozialsysteme und aller sozialen und demokratischen Errungenschaften der Bildung, des Öffentlichen Dienstes und der Öffentlichen Daseinsvorsorge, sowie Lohnmäßigung, verschärfte Prekarisierung und Zersetzung der Flächentarifverträge und Gewerkschaftsrechte.

Die Krise der Regierung Merkel, der Regierung des stärksten Imperialismus in Europa, steht in Verbindung mit der Krise aller europäischen Regierungen und den Institutionen der EU, die mit dieser Politik unausweichlich die Erhebungen der Arbeitnehmer und Völker gegen sich provozieren.

In der Serie von Wahlverlusten der SPD in den Wahlen von Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen kommt die Ablehnung diesem gleichen politischen Diktat zum Ausdruck, dem sich die SPD-Führung unterwirft, ob bei Umsetzung aus der Regierungsposition auf Landesebene oder aus der kritisch begleitenden „Oppositionsrolle“ heraus.

Demokratie heißt vor allem Freiheit des Ausdrucks und der Formulierung der unterschiedlichen Interessen und Positionen, und die Freiheit der Organisationen und der organisierten Interessenvertretung durch Parteien und Gewerkschaften.

Für die SPD, die traditionelle politische Interessenvertretung der Arbeiterschaft, verweigert die Führung jede Politik in diesem Sinne.

Arbeitnehmer und Jugend können zur Zeit in den Wahlen keine politische Perspektive für ihre Interessenvertretung erkennen. Umso mehr suchen sie den Weg zu den Gewerkschaften für die Organisation ihres Kampfes zur Verteidigung ihrer Interessen. Dafür müssen sie die Hindernisse überwinden, die generell unter dem Druck stehen, sich ebenfalls in jene „alternativlose“ Politik zu integrieren, sie „sozialkritisch und protestierend“ zu begleiten.

Die Gewerkschaftsführungen stützen sich dabei immer noch darauf, dass den Gewerkschaften in Deutschland der gewerkschaftliche Kampf und Streik gegen Regierungsmaßnahmen, gegen Privatisierung und Arbeitsplatzvernichtung verboten ist, dass den Beamten jeder gewerkschaftliche Kampf und Streik untersagt ist.

Schuldenabbau und Schuldenbremse gesellen sich nun als Gebote für Sozialabbau und selbst für Verzicht auf Lohn- und Tarifforderungen dazu.

Deshalb müssen alle Bestrebungen der Kollegen unterstützt werden, sich ihre Gewerkschaften für die Organisation ihres Kampfes anzueignen.

So wie das zur Zeit durch die Lehrer z.B. in Berlin und anderen Ländern geschieht, so nicht Nichtbeamtete gemeinsam mit ihren Beamtenkollegen und ihrer Gewerkschaft GEW für ihre Forderungen gegen das Spardiktat des Senats streiken.

Oder wie die Gewerkschaftskollegen in der ver.di, IG Metall, GEW... dafür eintreten, dass die Gewerkschaftsführung die Verantwortung übernimmt für den gewerkschaftlich organisierten Kampf/Mobilisierung für das Verbot der Leiharbeit.

„Ist das nicht auch der Weg, durch die gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung der Arbeiterschaft eine Kraft zu schaffen, die den SPD-Mitgliedern und – Wählern (und Stimmverweigerern) hilft, mit der Politik der SPD-Führung zu brechen und ihren Platz an der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften einzunehmen?“ (Aus einer Erklärung von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und politisch engagierten Kollegen aus NRW vom 12.12.2010)

Carla Boulboulé